

Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische
Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 137 (1971)

Heft: 11

Vereinsnachrichten: Mitteilungen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 19.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Mitteilungen

Erste Landeskonferenz der militärisch tätigen Verbände

In Bern fand am 9. Oktober 1971 unter dem Vorsitz von Wm Georges Kindhauser, dem Zentralpräsidenten des Schweizerischen Unteroffiziersverbandes, die erste Landeskonferenz der militärisch tätigen Verbände statt. An der Konferenz nahmen rund 60 Delegierte der wichtigsten militärischen Grad- und Fachverbände teil.

Die Konferenz verfolgte die Absicht, den Informationsaustausch sowie die Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen militärischen Vereinigungen zu fördern.

Im Rahmen der Konferenz sprach Oberst i GSt G. Rätz, Bern, zum Thema «Substantielle Forderungen des Oswald-Berichtes». Er rief den Teilnehmern in Erinnerung, daß das Hauptanliegen der Kommission Oswald darin besteht, daß durch Investitionen für die Ausbildung der Nachholbedarf auf diesem Sektor befriedigt werden müsse und damit eine auf die Anforderung des modernen Krieges ausgerichtete Ausbildung gefördert werde.

Die Landeskonferenz gab der Hoffnung Ausdruck, daß die substantiellen Anregungen des Oswald-Berichtes auch beschleunigt realisiert werden.

Major i GSt G. Wetzel, Basel, referierte über ein Gedankenmodell zur Verbesserung der Kaderausbildung in unserer Armee. Dieses Ausbildungsmodell sieht unter anderem eine wesentliche zeitliche Verlängerung der Unteroffiziersausbildung als wichtigster Stufe in der Laufbahn des militärischen Führers vor, ohne die Gesamtdienstdauer zu beeinflussen.

Die Landeskonferenz nahm mit großem Interesse vom Gedankenmodell über die Umgestaltung der Kaderausbildung Kenntnis und begrüßt die Anstrengungen aller Stellen, die sich mit diesem Problem auseinandersetzen, in der Absicht, neue Lösungen zu suchen und zu finden. Sie ist insbesondere der Auffassung, daß die Anregungen von Major i GSt G. Wetzel im Rahmen seines Modells wert sind, eingehend untersucht und auf ihre Realisierbarkeit geprüft zu werden.

Über die Anstrengungen der Schweizerischen Offiziersgesellschaft zur Stärkung des Wehrwillens sprach Oberst i GSt H. Wanner, Basel, Zentralpräsident der SOG.

Insbesondere lud er die Landeskonferenz ein, alle außerdienstlich tätigen militärischen Verbände, Vereine und Gesellschaften aufzurufen, zur Lösung dieser gemeinsamen Aufgabe auf schweizerischer wie kantonaler, regionaler und lokaler Ebene eng zusammenzuarbeiten.

Die Landeskonferenz soll in Zukunft jährlich in dieser Form einmal durchgeführt werden, wobei jeweils ein Verband als Vortort für die Durchführung zuständig sein wird.

Ausländische Armeen

NATO

Am 8. September begann in Nordgriechenland das NATO-Manöver «Hellenic Express», an dem Streitkräfte der südlichen und der mitteleuropäischen Länder der Allianz sowie Großbritannien und der USA teilnahmen. Übungsleiter waren der Kommandant der NATO-Streitkräfte in Südeuropa, Admiral Horatio Rivero, und der Kommandant der NATO-Landstreitkräfte Mitteleuropa, General J. Benneke.

Die Militärbehörden der NATO haben Vizeadmiral Ashmore, den Stellvertreter Admiral Birindellis, der aus Malta ausgewiesen wurde, mit der Übersiedlung des Hauptquartiers der NATO-Seestreitkräfte im Mittelmeer von Malta nach Neapel beauftragt. Mit dem maltesischen Ministerpräsidenten Mintoff ist bis zum 20. September über die «Miete» für die britischen Militäreinrichtungen auf Malta noch keine Einigung erreicht worden, weil Mintoff übertriebene Forderungen stellte. Ihre Erfüllung würde auch durch die in Aussicht gestellten Beiträge Westdeutschlands, Italiens, der Niederlande und der USA nicht möglich sein. Mintoff verlangte rund 20 Millionen Pfund; die NATO offerierte via London 10 Millionen Pfund. Die Verhandlungen gehen weiter.

In einer Ansprache vor amerikanischen Parlamentariern in Bonn warnte Bundeskanzler Brandt vor einem einseitigen Truppenabbau der USA in Europa. Ein solcher Schritt würde die Bemühungen um einen ausgewogenen gegenseitigen Abbau von Truppen und Rüstungen in Europa erschweren. Die NATO beruhe nach wie vor auf einem mehr als symbolischen amerikanischen Beitrag. In den Gesprächen im Kanzleramt von Bonn erörterte Brandt vor den amerikanischen Senatoren und Mitgliedern des Repräsentantenhauses auch das Berlinabkommen der vier Mächte.

Der amerikanische Außenminister Rogers hat in einer Rede in Houston ausdrücklich die Verpflichtung der Regierung Nixon bekräftigt, die US-Truppen in Europa nicht einseitig zu reduzieren. z

Bundesrepublik Deutschland

Nach einem Beschluß des Bundeskabinetts vom 10. September soll die Dienstzeit für Wehrpflichtige bis Ende 1972 von 18 auf 15 Monate herabgesetzt werden, dies im Zusammenhang mit der Finanzplanung bis 1975. Der Verteidigungsetat 1972 steigt im Vergleich zum Etat 1971 um 11% auf 24,21 Milliarden Mark. Die Herabsetzung der Dienstzeit soll es ermöglichen, daß die Zahl der eingezogenen Dienstpflichtigen um 20% von 195000 auf 230000 bis 240000 angehoben werden kann, wodurch eine «angemessene Wehrgerechtigkeit» erreicht werden könne. Bisher konnten sich allzu viele Wehrpflichtige vom Dienst befreien. Die NATO-Partner haben nach Angaben des Bonner Verteidigungsministeriums der Neuregelung zugestimmt. Für die erhöhte Zahl von Wehrpflichtigen braucht man mehr Auszubildner und mehr Material, daher die Erhöhung des

Wehretats trotz Herabsetzung des Grundwehrdienstes um 3 Monate. Die nach 15 Monaten ausscheidenden Soldaten werden nachher einer mehrmonatigen «Verfügungsbereitschaft» unterliegen, aus der sie, wie in Bonn verlautete, «im Bedarfsfall rasch und unkompliziert in ihre Verbände zurückbeordert» werden könnten.

Der Kauf von 175 amerikanischen Düsenjägern des Typs F4 «Phantom» durch die Bundesrepublik Deutschland ist perfekt, wie der amerikanische Verteidigungsminister Laird mitteilte. Die Auslieferung der Maschinen im Wert von rund 750 Millionen Dollar wird 1972 beginnen.

Ein Düsenjäger der Bundeswehr vom Typ Fiat G91 ist am 7. September bei Brunsbüttel in Schleswig-Holstein am Südausgang des Kielkanals abgestürzt. Als Unfallursache wird vermutet, daß ein Vogel in das Düsentriebwerk der Maschine geriet.

Rund 45000 Mann der deutschen Bundeswehr sowie französische, amerikanische und kanadische Einheiten führten ab 20. September zwischen Ulm und Tuttlingen in Baden-Württemberg ein einwöchiges Manöver durch. Zweck: Neben der Führung von Jagdverbänden sollten die Beweglichkeit des Heeres im Lufttransport sowie die Zusammenarbeit von Pionieren und Luftwaffe geübt werden. z

* In Ergänzung unseres Berichts zur Beschaffung von Kampfflugzeugen «Phantom II» für die Bundesluftwaffe wurde aus Bonn noch folgendes gemeldet:

Die Luftwaffe hat mit Rücksicht auf die unerwartet hohen Kosten für die wunschgemäßige Änderung dieses Typs zu einem einsitzigen Kampfflugzeug auf diesen Umbau verzichtet und wird somit den normalen zweisitzigen Typ beschaffen.

Die gesamten Beschaffungskosten liegen nunmehr bei 3,5 Milliarden DM. Dazu kommen die Auslagen für eine elfprozentige Umsatzausgleichsteuer, so daß mit insgesamt 3,9 Milliarden DM gerechnet wird. Das Beschaffungsvorhaben liegt somit innerhalb der von den Bundestagsausschüssen verlangten Limite von 4 Milliarden DM.

Die deutsche Flugzeug- und Triebwerkindustrie wird durch Kompensationsaufträge seitens der Firma McDonnell Douglas und anderer Teillieferanten mitbeteiligt werden. kg

Österreich

Die österreichische Rüstungsindustrie begrüßt die Vorschläge von Bundespräsident Rudolf Gnägi für eine gemeinsame Planung und Beschaffung auf dem Rüstungssektor

Nachdem schon Bundeskanzler Dr. Bruno Kreisky die Vorschläge des schweizerischen Bundespräsidenten als «bemerkenswert und begrüßenswert» bezeichnet hat, äußert sich nun auch der stellvertretende Generaldirektor der Steyr-Daimler-Puch AG, vormals «Österreichische Waffenfabrikgesellschaft», Hans Roesler, zu den genannten Vorschlägen. Roesler meinte dazu: «Derzeit entwickeln wir gegeneinander statt miteinander. Ich würde die Realisierung des Gnägi-Planes sehr begrüßen.» Nachdem für Österreichs Waffenindustrie eine Belieferung von kriegführenden Staaten ebenso untersagt ist wie der Export in Staaten der